

## Dialog oder Monolog

### Die Herausbildung beruflichen Umweltbewußtseins im Management der Großchemie angesichts öffentlicher Kritik

Hartwig Heine, Rüdiger Mautz

*Die Frage, wie die ökologischen Wirkungen der Chemieindustrie einzuschätzen sind, ist bekanntlich umstritten. Der folgende Beitrag konzentriert sich auf den kommunikativen Aspekt dieses Sachverhalts, und zwar aus dem spezifischen Blickwinkel des unteren und mittleren Managements in der Chemieindustrie. Der ihm korrespondierende Blickwinkel der sozialen Kontrahenten, insbesondere der expliziten Ökologie-Kritiker der Chemieindustrie, bleibt ausgeblendet und erscheint allein in seiner selektiven Spiegelung durch die Repräsentanten der Chemieindustrie. Insofern wird die kommunikative Situation nur halbseitig dargestellt; die Untersuchung liefert nur einen Baustein eines komplexeren Puzzles, das ein Forschungsdesiderat bleibt. Die Konzentration auf den kommunikativen Aspekt des Streits bedeutet aber auch, daß die von uns referierten Einschätzungen naturwissenschaftlicher und sozialer Sachverhalte, also etwa über die ökologische Relevanz der chemischen Produktion oder über die Positionen der "anderen Seite", samt den damit verbundenen Wertungen nicht wiederum unsererseits einer kritischen Bewertung mit den Meßlaten Richtig oder Falsch, Recht oder Unrecht, "falsches Bewußtsein" usw. unterzogen werden. Wer solche Bewertungen sucht, sei gleich vorgewarnt: Er wird im folgenden kaum auf seine Kosten kommen. (Dieser Text erscheint auch in dem Sammelband "Profitable Ethik - effiziente Kultur. Neue Sinnstiftungen durch das Management?", Hrsg. W. Müller-Jentsch, Schriftenreihe Industrielle Beziehungen, Hampp-Verlag München-Mering 1993).*

In einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft, die zur Bewältigung z.B. des Umweltproblems auf umfassende Konsensbildungsprozesse angewiesen ist, ist die Frage von einiger Bedeutung, inwieweit sie überhaupt zur Kommunikation über solche Probleme fähig ist. Kommunikation ist einfach, wenn die Beteiligten dazu ausgebildet sind, den gleichen Code zu benutzen und von einem gemeinsam als verbindlich anerkannten Normensystem auszugehen, was der Fall ist, wenn sich etwa zwei Juristen vor Gericht über Strafbarkeit und Strafhöhe eines Vergehens streiten. Aber eine derartige kommunikative Situation ist bestenfalls innerhalb gesellschaftlicher Subsysteme wie dem Recht, der Wirtschaft, der Wissenschaft usw. gegeben; bei der gesellschaftsübergreifenden Auseinandersetzung über das Umweltproblem ist mehr als ungewiß, ob die verschiedenen Akteure bei der Definition und Bewertung des

von ihnen diskutierten Problems eigentlich von den gleichen kognitiven Voraussetzungen, Bewertungs- und Entscheidungskriterien ausgehen oder - anders ausgedrückt - "überhaupt die gleiche Sprache sprechen". Daß darin auch das Risiko des kommunikativen Scheiterns enthalten ist - das Risiko, daß die Botschaften wechselseitig nur als "Rauschen" wahrgenommen werden -, ist selbst schon fast eine Alltagserfahrung geworden.

Sofern die gesellschaftliche Kommunikation in einer solchen Situation nicht abreißen soll, kann sie nicht einfach bei der Diskussion des objektiven Problems - der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der notwendigen Konsequenzen für die Gesellschaft - stehenbleiben, sondern muß eine Art Ebenensprung vollziehen, d.h. sie muß in irgendeiner Weise die Reflexion der unterschiedlichen Voraussetzungen, Problem-

wahrnehmungen und Bewertungsstandards einbeziehen, mit denen die gesellschaftlichen Akteure in die Kommunikation eintreten.

Damit ist das allgemeine Erkenntnisinteresse benannt, das hinter einem empirischen Forschungsprojekt<sup>1</sup> in zwei Unternehmen der deutschen Großchemie steht. Wir befragten hier etwa 80 Naturwissenschaftler (insbesondere Chemiker), Ingenieure und Kaufleute aus dem unteren und mittleren Management in Interviews von durchschnittlich dreistündiger Dauer über ihre Wahrnehmung des Umweltproblems überhaupt, des Umweltschutzes in ihrem Unternehmen und in der eigenen beruflichen Tätigkeit, über die politische Regulierung des industriellen Umweltschutzes und insbesondere über ihre Wahrnehmung der von außen kommenden Kritik an der Chemieindustrie und ihre Kommunikation mit den Kritikern.

Insgesamt wollten wir klären: Wie verorten sie, die sich ihre berufliche Tätigkeit und ihr Unternehmen im Zentrum der öffentlichen Kritik sehen, diese von außen kommende Kritik, wie identifizieren sie sich selbst angesichts dieser Kritik und welche Kommunikationsbarrieren und -brücken werden zu ihr sichtbar?

### **Gruppenbildung durch "kontrastierende Selbstidentifikation"**

Zunächst eine Bemerkung zu der Frage, inwiefern wir bei den von uns Befragten im Hinblick auf das professionelle Umweltbewußtsein von einer sozialen Gruppe, von *einem* sozialen Subjekt sprechen können. Die Annahme, daß Vertreter des unteren und mittleren Managements - um sie handelte es sich bei unseren Befragungen - aufgrund ihrer materiellen Interessenlage und inhaltlichen Bindung an ihre berufliche Tätigkeit zur besonderen Identifikation mit dem eigenen Unternehmen neigen, bestätigten sich auch in unserer Untersuchung. Aber im spezifischen Fall unserer Befragten-Gruppe erwies es sich als nützlich (was wir im folgen-

den vielleicht verdeutlichen können), zur Identifizierung einer gruppenspezifischen Wahrnehmungsweise des industriellen Umweltproblems noch weitere Faktoren zu berücksichtigen:

- Die von uns befragten industriellen Akteure unterliegen trotz unterschiedlicher individueller Tätigkeiten einer gemeinsamen beruflichen Sozialisation zu einer industriespezifischen Rationalität, in der sich - wenn auch individuell und je nach Ausbildung und beruflicher Funktion in unterschiedlicher Gewichtung - technische, naturwissenschaftliche und ökonomische Gesichtspunkte miteinander verquicken. Zusätzlich in Rechnung zu stellen ist dabei, daß ihre Wahrnehmungs- und Handlungsmuster mitgeprägt werden durch einen über verschiedene Kanäle (unternehmensinterne Publikationen, Schulungen und Veranstaltungen, andere formelle und informelle Kommunikationszusammenhänge) laufenden unternehmensspezifischen Diskurs, der heute vielfach auch mit dem etwas überhöhenden Etikett "Unternehmenskultur" versehen wird.
- Geprägt wird die Gruppe aber auch durch die gemeinsame Erfahrung einer Außenkritik, die die Chemieindustrie insgesamt, das eigene Unternehmen und oft genug auch direkt die eigene Tätigkeit aufs Korn nimmt. Dieser Außenkritik begegnet fast jeder der von uns Befragten nicht nur in den Medien, sondern auch in seinem unmittelbaren sozialen Umfeld außerhalb des Berufs: mehr als zwei Drittel im eigenen Freundes- und Bekanntenkreis, jeder Dritte in der eigenen Familie. Zwar setzen sich beide Unternehmen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit gewissermaßen stellvertretend mit der Außenkritik auseinander, was aber dem einzelnen kaum Entlastung bringt. Gerade weil sich jeder weitgehend mit der eigenen Berufsrolle identifiziert und von der privaten Umgebung auch mit dem eigenen Unternehmen identifiziert wird, erlebt er diese Kritik als viel zu hautnah und meist auch als viel zu aggressiv, als daß er sich nicht zur Reaktion herausgefordert fühlte; die Minderheit, die sich von

<sup>1</sup> Das Forschungsprojekt wird von der Volkswagen-Stiftung gefördert. Der Abschlußbericht wird 1993 in Buchform veröffentlicht werden.

der Außenkritik unberührt zeigt, ist verschwindend. Wenn auch nicht bei jedem, der uns über seine verschiedenen Konfrontationen mit der Außenkritik berichtete, unmittelbare Verbitterung spürbar wurde, so doch die Routine vieler durchgestandener Gefechte - und Routine bedeutet hier, daß sich bestimmte Verhaltensweisen gegenüber dieser Kritik, bestimmte Wahrnehmungsmuster von ihr und damit auch ein bestimmtes Selbstbild angesichts ihrer verfestigt und abgeklärt hat. Obwohl die Auseinandersetzung meist in der außerberuflichen Vereinzelung nicht nur vor dem Fernsehschirm und bei der täglichen Zeitungslektüre, sondern auch im privaten Freundes- und Familienkreis stattfindet, ist sie für die große Mehrheit der von uns Befragten gemeinsames und sie dabei auch formierendes Schicksal, auch wenn innerhalb dieser Formierung noch einmal erhebliche Differenzierungen sichtbar werden.

Es handelt sich hier um eine Variante der "kontrastierenden Selbstidentifikation" (Berger/Luckmann 1980, S. 177): In Auseinandersetzung mit einer als feindlich wahrgenommenen Außenkritik bildet sich ein Stück gemeinsamer Identität heraus, das nicht allein durch eine gemeinsame berufliche Sozialisation präformiert und erklärlich ist, sondern teilweise erst *in* der Kommunikation mit der Außenkritik entsteht - ein Stück Selbstidentifikation, das noch einmal seine eigenen Kommunikationsbarrieren oder auch Verständigungsbrücken gegenüber der sozialen Außenwelt aufbaut.

Im folgenden wollen wir die Hypothese in den Mittelpunkt stellen, daß die Angehörigen des unteren und mittleren Managements in der Chemieindustrie im Hinblick auf das Umweltproblem eine soziale Gruppe bilden, deren Kommunikationsbereitschaft und -fähigkeit sich im Spannungsfeld zweier gegenläufiger Tendenzen entfaltet:

- Einerseits entwickeln sie auf der Grundlage ihrer beruflichen Sozialisation und Tätigkeit und in Auseinandersetzung mit der öffentlichen Kritik an der chemischen Industrie ein ausgeprägtes, auch

moralisch gestütztes *Bewußtsein überlegener ökologischer Eigenkompetenz*, das den Rückzug in die kommunikative Selbstabschottung nahelegt.

- Andererseits entwickelt sich im gleichen Erfahrungskontext bei der Mehrheit der von uns Befragten ein Bewußtsein der nicht nur erlittenen, sondern auch begrenzt bejahten Abhängigkeit von einer Außeneinwirkung - wir nennen es kurz *Heteronomie-Bewußtsein* -, das wiederum den kommunikativen Brückenschlag zur externen Chemiekritik begünstigt und somit der Abschottungstendenz zuwiderläuft, ohne sie und das ihr zugrundeliegende Bewußtsein - und das macht die eigentliche Spannung aus - einfach aufheben zu können.

Die Kommunikationsbereitschaft der Chemie-Beschäftigten ist keineswegs einheitlich, sondern differenziert sich erheblich, aber bei ihrer überwiegenden Mehrheit findet diese Differenzierung innerhalb dieses Spannungsfeldes statt.

### **Kompetenz und Selbstabschottung**

Zunächst zum ersten Teil unserer Ausgangsthese: Aufgrund ihrer beruflichen Erfahrungen und in der Auseinandersetzung mit der Außenkritik entwickeln die industriellen Akteure ein starkes Bewußtsein überlegener ökologischer Kompetenz mit der Tendenz zur kommunikativen Selbstabschottung. Es verfestigt sich auf zumindest drei Ebenen: auf der Handlungsebene, auf der kognitiven Ebene und - was vielleicht noch am ehesten überraschen mag - auf der moralischen Ebene.

*Handlungskompetenz.* Seit Beginn der 80er Jahre hat der Umweltschutz seinen Einzug in die Großchemie gehalten; nicht nur bei den von uns befragten Betriebsleitern und Betriebsingenieuren, sondern auch bei den Forschern und Anlagenbauern und selbst bei den Technikern und Kaufleuten im Vertrieb nimmt die Beschäftigung mit dem Umweltschutz breiten Raum im Berufsalltag ein. Das Selbstbewußtsein eigener Handlungskompetenz wird meist entscheidend gestärkt durch das

auf dieser Hierarchie-Ebene reichlich vorhandene "Kontrollbewußtsein", d.h. die Wahrnehmung eines erheblichen Spielraums für selbstbestimmtes Handeln auch in Sachen Umweltschutz. Die meisten der von uns Befragten nehmen sich also nicht nur als Beschäftigte eines Unternehmens wahr, das in Sachen Umweltschutz seine Hausaufgaben im großen und ganzen erledigt - was eine nur vermittelte Handlungskompetenz bedeuten würde -, sondern sie sehen sich selbst als die eigentlichen Gestalter und Protagonisten des industriellen Umweltschutzes: Die anderen reden vom Umweltschutz, wir machen ihn! Dieses Selbstbewußtsein bringen z.B. auch wohlmeinende Greenpeace-Anhänger unter den von uns Befragten zum Ausdruck, wenn sie feststellen, daß selbst die zutreffendste Industriekritik immer noch meilenweit davon entfernt sei, den positiven Weg zur praktischen Problemlösung zu finden - und es seien eben sie selbst, die sich dieser schwersten aller Aufgaben unterzögen.

*Kognitive Kompetenz.* Vor allem für die Naturwissenschaftler und Ingenieure, teilweise auch für die Kaufleute scheint es in ihren Begegnungen mit der Außenkritik eine sehr beeindruckende Erfahrung zu sein, mit welcher Dezipiertheit hier Urteile über die Umweltschädlichkeit der Chemieindustrie abgegeben werden, ohne den für sie geltenden Standards von Fachwissen und Kompetenz zu genügen. Die immer wiederkehrenden Topoi der Antikritik lauten: Sie bringen Fakten durcheinander, bewerten Risiken falsch, pauschalisieren statt zu differenzieren; weder nehmen sie zur Kenntnis, wieviel die Industrie inzwischen für den Umweltschutz tut, noch wissen sie offenbar, wie sehr ihr eigenes Leben bereits von Chemieprodukten abhängt. Die Wahrnehmung eines derartigen Kompetenzgefälles verstärkt sich noch angesichts der meist sehr emotionalen Einfärbung der Außenkritik; insbesondere Naturwissenschaftler und Techniker sind dahingehend sozialisiert, in der Vermengung fachlicher Fragen mit Affekten Dysfunktionalität und kognitive Inkompetenz zu sehen.

*Moralische Kompetenz.* Angesichts der moralischen Aufladung heutiger ökologischer Chemiekritik mag zu nächst die Feststellung überraschen, daß die industriellen Akteure diesen Frontabschnitt gegenüber der Außen-

kritik nicht etwa kampflös räumen, sondern gerade hier mit aller Kraft gegenhalten. Es lohnt sich vielleicht, diesen Punkt etwas genauer auszuführen.

Die Grundlage des guten Gewissens besteht in der überwiegenden Gewißheit, ihre berufliche Tätigkeit im Einklang mit den eigenen ökologischen Überzeugungen ausüben zu können, und zwar unter Anwendung noch strengerer Maßstäbe als in ihrer außerberuflichen Umgebung. Denn sie sehen sich als Mitarbeiter eines Unternehmens, das nicht mehr nur reaktiv und auf Grund äußeren Drucks ökologische Nachbesserungen vornimmt, sondern in der Produkt- und Verfahrensgestaltung immer mehr zu präventivem Umweltschutz übergeht und somit als aktiver Mitgestalter ökologischer Modernisierung fungiert. Die Moral ist "aufgeklärt"; es gibt in ihren Augen keinen prinzipiellen Widerspruch zwischen Ökologie und Unternehmensinteresse; vielmehr liegt der Umweltschutz im wohlverstandenen und zumindest längerfristigen Unternehmensinteresse, das wohl oder übel die Rücksicht auf eine ökologisch sensibilisierte Umwelt in das eigene ökonomische Kalkül aufnehmen muß. Zur Stärkung des Bewußtseins moralischer Eigenkompetenz trägt auch die Gewißheit bei, durchaus kritisch gegenüber dem Status quo, d.h. gegenüber diesem oder jenem noch bestehenden ökologischen Mißstand im Unternehmen auftreten zu können, und zwar als integraler Bestandteil einer wohlverstandenen Unternehmensloyalität.

Dieses Bewußtsein ermöglicht zunächst Gelassenheit gegenüber moralischer Kritik von außen; das Bewußtsein *überlegener* moralischer Kompetenz entsteht offenbar vor allem in der Auseinandersetzung mit der Außenkritik, wobei die Grenzen zwischen Defensive und Offensive fließend sind.

Da es sich bei beiden von uns untersuchten Unternehmen um international operierende Konzerne ("Multis") handelt, verfügen die von uns Befragten zumindest über indirekte Einblicke in die Probleme der Entwicklungsländer, oft sogar über eigene Primärerfahrungen mit ihnen. Die damit verbundene Sensibilisierung macht es den von uns Befragten - dies war für uns eine sehr ein-

drucksvolle Interview-Erfahrung - praktisch unmöglich, das Umwelt- und das globale Entwicklungsproblem auseinanderzuidividieren. Die damit verbundene Perspektivverschiebung verdeutlicht vielleicht das folgende Zitat eines Agrarwissenschaftlers zum hiesigen Reizthema Pflanzenschutzmittel:

"Auf den Philippinen habe ich erlebt, was passierte, wenn dort z.B. Reiszikaden auftraten. Wenn die eingefallen waren, gab es hinterher auf den Feldern, auf denen keine Pflanzenschutzmittel eingesetzt worden waren, kein Reiskorn mehr, während auf dem Feld daneben der Reis noch tonnenweise stand. Wenn Sie einmal die heulenden Bauern um sich herum gehabt haben, denken Sie anders darüber".

Dabei bildet sich ein Problembewußtsein heraus, das einfache Lösungsmuster abweist, aber nach unserem Eindruck auch nicht einfach damit abgetan werden kann, daß hier z.B. Pflanzenschutzproduzenten nach Legitimationen für den Absatz ihrer Produkte suchen. Es bildet die Grundlage für einen gelegentlich geäußerten sehr moralischen Gegenverdacht gegen die radikale Umweltschutzforderung nach Abschaffung aller Pflanzenschutzmittel: daß es sich hier um das Salongeschwätz reicher westeuropäischer Yuppis handelt, die keinen Gedanken an die wirklichen Probleme der Entwicklungsländer verschwenden.

Der von außen kommenden Kritik, zugunsten eigener Vorteile und Verwertungsinteressen die Zerstörung der Natur in Kauf zu nehmen, setzen die von uns Befragten entgegen, daß die Kritiker offenbar kein Sensorium für die Risiken hätten, die gerade auch mit dem *Verzicht* auf bestimmte Industrieproduktionen verbunden seien; neben der Verantwortung für die natürliche Umwelt gebe es auch eine zu berücksichtigende Verantwortung für Stand und Weiterentwicklung der Zivilisation.

Wir sind dieser Wahrnehmungsweise etwas genauer am Beispiel der industriellen Produktion bzw. Verwendung von FCKW nachgegangen, in die beide von uns untersuchten Unternehmen involviert sind. Der von außen kommenden Forderung nach *sofortigem* FCKW-Ausstieg setzt die Mehrheit der Management-Vertreter entgegen, hier müsse es zu einem Abwägungsprozeß kommen, in den neben dem Aspekt der Umweltschädlichkeit

auch der Gesichtspunkt eingeht, daß die FCKW über eine Reihe optimaler technischer Eigenschaften (Ungiftigkeit, geringe Brennbarkeit, ideale Dämm- und Kühlmittel) verfügen, für die erst einmal adäquate technische Ersatzlösungen und -mittel zu finden seien. Es sei besser, den Ausstieg (meist: bis 1995) zu verzögern, da sonst unabsehbare Konsequenzen - "der Zusammenbruch ganzer Kühlketten!" - für die technische Zivilisation drohten.

Gegen den hier für die Außenkritik naheliegenden Vorwurf, in unzulässiger Weise der Rücksicht auf die natürliche Umwelt die technisch-zivilisatorische Rücksicht gleichberechtigt zur Seite zu stellen, fahren sie ein noch schärferes Geschütz auf, das wesentlich zum Bewußtsein eigener moralischer Selbstgewißheit beiträgt: der Aufweis der Doppelmoral der Außenkritiker. Daß diese sich selbst nicht an das halten, was sie der Chemieindustrie abverlangen; daß sie ihre Uralt-Autos, die die Luft verpesten, mit dem Aufkleber "Rettet den Wald!" verzieren; daß sie gegen Pflanzenschutzmittel sind, aber gleichzeitig nach glatten Äpfeln verlangen; daß sie gegen die Chemie wettern, aber in ihrem Alltagsleben hundertfach Chemieprodukte verwenden, ist eine durchgehende, vielfach variierte Argumentationsfigur. Man sieht es ihr an, daß sie mitten in der Auseinandersetzung mit den Außenkritikern entstanden ist und den naheliegenden Impuls verfolgt, der Chemiekritik ihre Legitimation durch Entlegitimierung der Kritiker zu entziehen - die häufige Äußerung "Die sollen sich an ihre eigene Nase fassen!" bestätigt dies. Aber der Vorwurf der Doppelmoral, der realen Komplizität der Kritiker mit den Kritisierten enthält auch den Keim einer moralistischen Aufklärung über eine gesamtgesellschaftlich vorherrschende *Lebensweise*, die insgesamt für die Umwelt zerstörerisch ist. Und es sind nicht wenige der von uns Befragten, die ihre Antikritik bis zu diesem Punkt vorantreiben und ausweiten, die also ehrlich aufritteln wollen und dabei weder die Industrie noch ihre eigene Person aus der Kritik ausnehmen, wenn z.B. ein Chemiker-Forscher ausführt:

"Das Ganze ist ein massiver Mechanismus der Verdrängung ... Ich kann dieses inkonsequente Verhalten von mir selbst und auch von vielen anderen kaum wirklich akzeptieren. Ich kann es mir nur dadurch erklären, daß

viele wie ich auf Umweltfragen immer noch nach dem Motto 'Nach mir die Sintflut' reagieren".

Die große Mehrheit der von uns Befragten weicht also der moralischen Seite der Chemiekritik keineswegs aus, sondern nimmt die Auseinandersetzung gerade auch auf diesem Feld an. Dabei setzt sie in ihrer Wahrnehmung den Bewertungskriterien der Gegenseite nicht einfach *andere* Bewertungskriterien entgegen, sondern solche mit einer *höheren Komplexität*, d.h. sie nimmt die Kriterien der Gegenseite auf, ergänzt sie aber - nach dem Schema *nicht nur A, sondern auch B* - durch dazu spezifische Zusatzkriterien: Bei der Entscheidung über den möglichen Verzicht auf bestimmte Produkte sind *auch* die Konsequenzen für die Entwicklungsländer zu berücksichtigen; bei der Ökologisierung der Industrie sind nicht nur die Konsequenzen für die Natur, sondern *auch* für die technische Zivilisation zu berücksichtigen; die Kritik an der Chemieindustrie muß *auch* den Gesamtkomplex einer industrieabhängigen Lebensweise mitbedenken. Diese Selbstwahrnehmung eines insgesamt doch komplexeren Problembewußtseins ist es, die der Antikritik oft den Gestus und das Selbstbewußtsein höherer moralischer Kompetenz verleiht.

Wenn man nun berücksichtigt, daß sich das Selbstbewußtsein der eigenen überlegenen kognitiven, Handlungs- und moralischen Kompetenz in oft heftiger Auseinandersetzung mit einer Chemiekritik entwickelt, die als aggressiv gegen die eigene berufliche Identität gerichtet wahrgenommen wird, dann ist es naheliegend, sich nun erst recht im Besitz des Vernunftmonopols zu sehen und die Kommunikation mit der Außenkritik - zumindest im dialogischen Sinn - aufzugeben.

Aber ein solches verabsolutiertes Selbstbewußtsein ist nur bei einer Minderheit der von uns Befragten zu beobachten. Das Gegengewicht zu der Tendenz, sich bzw. die eigene Gruppe industrieller Akteure autonom zu setzen und im Alleinbesitz der Vernunft zu sehen, bildet das Bewußtsein einer *Außenabhängigkeit*, die im Grunde bejaht wird und sich direkt oder indirekt auch auf die Außenkritik bezieht. Damit kommen wir zum zweiten Teil unserer Ausgangsthese.

## Heteronomie und Öffnung

Direkt auf die Außenkritik bezieht sich das mehrheitliche Eingeständnis, daß sie trotz aller Defizite insgesamt doch eine positive "Wirkung" auf das Umweltverhalten der Chemieindustrie habe. Dem liegt eine historische Erfahrung zugrunde, die mit dem Bewußtsein überlegener ökologischer Eigenkompetenz erst einmal vereinbart werden muß. Es ist kaum zu leugnen, daß die qualitativen Veränderungen im industriellen Umweltschutz seit dem Beginn der 80er Jahre etwas mit der damals aufkommenden Umweltbewegung und ihrer Chemiekritik zu tun haben. Es geht hier nicht nur um eine historische, sondern auch um eine gegenwärtige alltägliche Erfahrung. Die Direktive "Bloß nicht in die negativen Schlagzeilen kommen!" begleitet noch heute viele vorsorgliche Umweltschutz-Maßnahmen in der Großchemie.

Das Vorhandensein eines Gegenpols zum eigenen Kompetenzbewußtsein läßt sich am Beispiel *Greenpeace* verdeutlichen. Beide von uns untersuchten chemischen Großunternehmen befinden sich schon seit längerem im Visier von Greenpeace, einer Umweltschutzorganisation, die mit besonderer Öffentlichkeitswirkung den kognitiven und moralischen Kompetenzanspruch der Chemie-Beschäftigten in Frage stellt, indem sie nicht nur gezielt auf bestimmte Risiken chemischer Produktion hinweist, sondern ihre Aktionen so inszeniert, daß in ihnen die Greenpeace-Aktivisten als die Ritter der guten Sache auftreten, was den Akteuren der Chemieindustrie nur die wenig schmeichelhafte komplementäre Rolle übrig läßt.

Die Antikritik an Greenpeace ist dann meist auch recht scharf. Die Sachbehauptungen von Greenpeace seien oft einseitig, übertrieben oder schlicht falsch, die Form der Aktionen abstoßend, das Verhalten der Aktivisten doppelzünftig - aber die *Wirkung*, dies wird andererseits zugestanden, doch unterm Strich positiv. Wofür es in dem einen von uns untersuchten Unternehmen ein Beispiel gibt, das für die dort Beschäftigten bereits den Rang eines Paradigmas mit historischer Patina erhalten hat: den letztlich erfolgreichen Kampf von Greenpeace ge-

gen die Dünnsäure-Verklappung in der Nordsee zu Beginn der 80er Jahre. Das Gesamturteil über die gesellschaftliche Rolle von Greenpeace lautet in beiden Unternehmen: in den Aktionen gegen die Industrie oft daneben und trotzdem - auch für die Industrie - unverzichtbar.

Die Bejahung der Außeneinwirkung im Interesse des industriellen Umweltschutzes bestätigt sich auch gegenüber dem Medium der *Politik*, in dem sich die öffentliche Kritik an der Chemieindustrie zwar - wenn man von den öffentlichen Genehmigungsverfahren absieht - nur vermittelt äußert, aber dafür in Gestalt der Auflagen, Kontrollen und Sanktionen mit einem umso höheren Verbindlichkeitsanspruch.

Das Urteil über die Rationalität der staatlichen *Auflagen* fällt sehr differenziert und durchwachsen aus; häufig wird kritisiert, sie berücksichtigten nicht hinreichend ihre technische und ökonomische Machbarkeit, mit ihnen werde gerade nicht die optimale ökologische Wirkung erreicht, ihnen lägen unsinnige Risikoabschätzungen zugrunde, mit ihnen würden die internationalen Wettbewerbsbedingungen verzerrt usw.

Oder gegen die staatlichen *Kontrollen* wird eingewandt, sie würden ohne die notwendige Kompetenz durchgeführt und hätten eine oft bürokratisch überbordende Dokumentationspflicht zur Folge.

Und schließlich wird gegen die in den letzten Jahren sich häufenden *Gerichtsverfahren* gegen individuelle Umweltsünder in der Industrie eingewandt, daß das Prinzip der persönlichen Haftung und Verantwortung, das ihnen zugrunde liege, gerade nicht zu den Entscheidungs- und Handlungsstrukturen des industriellen Großunternehmens passe, daß es die Funktion des Betriebsleiters zum Schleudersitz mache usw.

Trotzdem: *Daß* der Industrie politische Auflagen für den Umweltschutz gemacht werden müssen, daß ihre Durchführung auch staatlich kontrolliert und ihre Nicht-Einhaltung auch gerichtlich bestraft werden müsse, ist für die große Mehrheit der von uns Befragten Konsens.

Worin eben doch zum Ausdruck kommt, daß kaum jemand so recht glaubt, das eigene Unternehmen und die Industrie überhaupt werde die industriell generierten Umweltbelastungen ohne Anstoß von außen in Angriff nehmen; Heteronomie nicht nur in Gestalt öffentlichen Drucks, sondern auch in Gestalt politischer Regulierung bleibt notwendig.

Wir haben anfangs dargestellt, welches Bewußtsein überlegener ökologischer Eigenkompetenz unsere Akteure aus der Großchemie entwickelt haben - ein Kompetenzbewußtsein, das sich aus der eigenen industriellen Praxis, der Wahrnehmung des Unternehmenshandelns und aus der Auseinandersetzung mit einer in mehrerlei Hinsicht defizitär wahrgenommenen Außenkritik speist. Jetzt zeigt es sich, daß der Zusammenhang doch noch komplizierter ist. Zu dem so genährten Kompetenzbewußtsein gesellt sich das Wissen, daß sich der eigene Handlungsspielraum doch erst in einem Spannungsfeld entfalten kann, das aus der konfliktorischen Wechselwirkung zwischen technisch-ökonomischer Rationalität, politischen Vorgaben und einer als defizitär wahrgenommenen öffentlichen Kritik aufgebaut wird. Das professionelle Selbstbewußtsein, das sich der Außenkritik abweisend entgegenstellt, wird also durch das gleichzeitige Bewußtsein der Abhängigkeit eben auch von dieser Außenkritik relativiert oder zumindest begrenzt. Oder noch zugespitzter: Es weiß, daß sich die eigene Kompetenz erst aufgrund der Außeneinwirkung entfalten kann.

### **Die Spannung zwischen Heteronomie- und Kompetenzbewußtsein**

Ist damit nun der oben erwähnten Tendenz zur Selbstabschottung der Boden entzogen, der Königsweg zur unproblematischen Teilnahme an der gesellschaftlichen Kommunikation über das Umweltproblem freigelegt? Mitnichten. Sicherlich verbessert das Bewußtsein der bejahten Außeneinwirkung die Kommunikationsbereitschaft gegenüber der Außenkritik. Aber entscheidend ist, daß dieses Bewußtsein das professionelle Selbst- und Kompetenzbewußtsein der industriellen Akteure keineswegs aufhebt, sondern mit ihm in ein Verhältnis

polarer Spannung eintritt. Dies möchten wir an drei weiteren Ergebnissen unserer Befragungen verdeutlichen.

### **Die wahrgenommene Rationalität der Außenkritik**

Das *erste* Ergebnis betrifft die Frage, welche Rationalität, welche Vernunft man eigentlich der öffentlichen Chemiekritik zuspricht. Daß es sich hier um eine Frage handelt, mit der einiges über die eigene Bereitschaft entschieden wird, mit der anderen Seite zu kommunizieren, dürfte auf der Hand liegen.

Zunächst gilt für alle von uns befragten Naturwissenschaftler und Ingenieure und für einen Teil der Kaufleute, daß sie die in der öffentlichen Chemiekritik zum Ausdruck kommende Denkweise als für sie persönlich überwiegend fremd, schwer nachvollziehbar und mit ihrer eigenen Denkweise inkompatibel wahrnehmen. Sie befinden sich also zunächst einmal auf der *einen* Seite des Grabens. Innere Unterschiede werden hier nur bei der Frage sichtbar, inwieweit man trotzdem der anderen Seite so etwas wie eine *eigene* Rationalität zubilligen kann.

Hier sind alle Schattierungen vertreten. Es gibt sie wirklich, die Produktionsleute, Forscher und Vertriebsmanager in der Chemie, die der Außenkritik nur die Nullrationalität zuschreiben. Mit dem Verdikt: inkompetent, irrational, verlogen ist für sie das Thema erledigt. Die Notwendigkeit einer ökologischen Umgestaltung der Industrie wird von ihnen keineswegs geleugnet, aber es handelt sich hier für sie (auch historisch) um einen Prozeß, der allein auf die Dynamik wissenschaftlich-industriellen Fortschritts zurückzuführen ist. Sie sind sozusagen die "Absolutisten" des Kompetenz-Pols.

Aber diese "Absolutisten", denen man sicherlich keinen Mangel an innerer Kohärenz vorwerfen kann, bilden nur eine vergleichsweise kleine Gruppe. Am anderen Ende des Spektrums stehen diejenigen, die zwar immer noch in der Chemiekritik eine ihnen persönlich fremde Denkweise am Werke sehen, dieser Denkweise aber ex-

plizit eine eigenständige Rationalität zubilligen. Sie können sich etwa dazu durchringen, einem Urteil von der Art, *in einem Bach, der voller Schaum ist und in dem tote Fische schwimmen, kann etwas nicht stimmen*, eine *eigenständige* Berechtigung zuzuerkennen, auch wenn der Urteilende ein Laie sei, der nichts über die Ursachen wisse. Sie sind die "Pluralisten" gesellschaftlicher Rationalität, auch wenn sie sich bewußt sind, persönlich in erster Linie der technisch-industriellen Rationalität verhaftet zu sein. (Letzteres ist übrigens der feine Unterschied zu denjenigen Kaufleuten, denen die Außenkritik zumindest insofern keine besonderen Probleme bereitet, als sie in ihr keine ihnen fremde Denkweise am Werke sehen).

Aber auch die Gruppe dieser "Pluralisten" ist klein. Die Masse der von uns Befragten verarbeitet die Spannung zwischen Kompetenz- und Heteronomiebewußtsein in der Weise, daß sie sich zwischen diesen beiden Extremen irgendwo auf halbem Wege ansiedeln, d.h. sich nicht dazu durchringen können, der Außenkritik eine eigene Rationalität zuzubilligen, ihr aber doch einen begrenzten Beitrag zur Durchsetzung gesellschaftlicher Vernunft zugestehn. Wir deuten hier nur einige Varianten an: Die Außenkritik ist irrational, aber hat (manchmal) doch eine gute Wirkung; die Außenkritik ist überwiegend irrational, aber manchmal gibt es auch wissenschaftlich ausgebildete, rationalitätsfähige Kritiker; die Außenkritik ist irrational, aber Irrationalität gibt es auch auf der eigenen Seite. Schon in dieser kurzen Skizzierung wird etwas von der Anstrengung deutlich, in die das Bewußtsein überlegener ökologischer Eigenkompetenz vor der Frage gerät, welche Art von Vernunft eigentlich den Chemiekritikern jenseits der Werkstore zuzubilligen ist - und zwar gerade auch dann, wenn es ein Bewußtsein der eigenen Abhängigkeit von ihnen gibt.

### **Die Kommunikation mit der Außenkritik**

Dies gilt erst recht für ein *zweites* Ergebnis, das in diesem Zusammenhang von Interesse ist: Was berichten die von uns Befragten über ihr eigenes Kommunikationsver-

halten gegenüber Außenkritikern? Einfach scheinen hier nur die Verhältnisse für diejenigen zu sein, die der Außenkritik allein die Nullrationalität zubilligen: Ihr Kommunikationsverhalten ist offenbar in keinem Fall dialogisch, sondern bestenfalls belehrend ("bei meinen Gesprächspartnern lasse ich nichts weiter gelten als den klaren wissenschaftlichen Beweis", Biologe in der Forschung), oft aber auch aggressiv-konfliktorisch oder schlicht blockierend. Relativ einfach liegen die Dinge auch noch bei der Mehrheit derer, die nur den *Wissenschaftlern* der anderen Seite eine gewisse Rationalität zubilligen wollen: Entweder lassen sie sich nur mit diesen auf Gespräche ein, d.h. ihr Kommunikationsverhalten ist hoch selektiv, oder sie versuchen durch offensive Information und Belehrung die "Laien"-Umgebung auf das Niveau naturwissenschaftlicher Rationalität zu heben. Ansonsten scheint das Kommunikationsverhalten gegenüber der externen Chemiekritik aus einem Gemenge von Aufklärungs- und Dialogversuchen einerseits und Blockierungen andererseits zu bestehen. Wobei signifikant ist, daß auch von denen, die sich der Grenzen ihrer eigenen Rationalität bewußt sind oder sogar der anderen Seite explizit eine eigene Rationalität zubilligen, häufig selbstkritisch eingestanden wird, daß sie bei ihren Kommunikationsversuchen auch wider bessere Absicht leicht in Ungeduld, Gefühlsausbrüche und Blockierungen zurückfallen. Was noch einmal deutlich macht, welchen unaufhebbaren Rest von Fremdheit die öffentliche Kritik für die Repräsentanten technisch-industrieller Rationalität selbst dann behält, wenn dieser Außenkritik das Eigenrecht und der Eigensinn einer anderen Rationalität zugebilligt wird.

Weiterhin haben wir erkundet, wie die von uns Befragten die Öffentlichkeitsarbeit ihres Unternehmens gegenüber den Außenkritikern beurteilen, und zwar insbesondere angesichts unserer Frage, ob sich die Außendarstellung eigentlich darauf beschränken solle, beim Umweltschutz in erster Linie die bereits erreichten Erfolge darzustellen, oder ob sie auch offen die noch nicht gelösten Probleme ansprechen solle.

Weitgehender Konsens besteht darin, daß in der vergangenen Öffentlichkeitsarbeit beider Unternehmen

Fehler gemacht wurden; vor allem durch Informationszurückhaltung oder Problembeschönigung sei einiges an Vertrauen verspielt worden. Die Wahrnehmung der heutigen Öffentlichkeitsarbeit ist in beiden Unternehmen allerdings unterschiedlich: In dem einen Unternehmen (A) wird sie als offensiv und initiativ, in dem anderen (B) als noch zu defensiv und reaktiv wahrgenommen. "Objektiv" steht hinter diesen unterschiedlichen Wahrnehmungen, daß das Unternehmen A schon Ende der 70er Jahre damit begann, sich in seiner Außendarstellung offensiv des Umweltthemas zu bemächtigen, wozu sich das Unternehmen B erst später und auch dann nur mit einer gewissen Zurückhaltung entschließen konnte. So klingt im Urteil der Beschäftigten des Unternehmens B über "ihre" Öffentlichkeitsarbeit häufig verletzter Produzentenstolz durch: Wir tun hier sehr viel für den Umweltschutz, aber die Außenwelt - und somit auch diejenigen, die uns draußen mit soviel Kritik begegnen - wird darüber nicht hinreichend informiert.

Interessanter scheinen uns aber die Antworten auf die Frage zu sein, ob in der Öffentlichkeitsarbeit - sozusagen als vertrauensbildende Maßnahme - auch die noch ungelösten Umweltprobleme des eigenen Unternehmens angesprochen werden sollten.

Eigentlich ist dies ja eine Suggestivfrage - jeder gebildete Mensch weiß, daß es intelligenter ist, "Problembeußtsein" zu demonstrieren, statt nur die "heile Welt" darzustellen. Und so argumentierten auch die Befürworter einer problemorientierten Außendarstellung bei den von uns Befragten: Die Erfahrung lehre nun einmal, daß eine nur erfolgsorientierte Selbstdarstellung kein Vertrauen wecke; irgendwann kommen begangene Sünden doch heraus, und dann ist die Öffentlichkeitswirkung umso verheerender, usw. Umso bemerkenswerter ist, daß sich angesichts dieser Frage unsere Interviewpartner doch in zwei entgegengesetzte Lager aufspalten. Wobei sich zunächst wieder ein deutlicher Unterschied zwischen beiden Unternehmen zeigte: Während es im Unternehmen A nur eine Minderheit ist, die explizit für die Beschränkung der Öffentlichkeitsarbeit auf Erfolgsmeldungen votiert, ist es im Unternehmen B die Hälfte.

Für einen Außenstehenden wäre es naheliegend, hier als Motiv sofort das schlechte Gewissen zu vermuten. Bei unseren Interviewpartnern gab es ein paar Äußerungen, die diese Vermutung zu bestätigen scheinen ("Wer redet schon über die Leiche im eigenen Keller?"), aber sie bleiben die Ausnahme. Die eindeutig überwiegende Motivlage für dieses Zögern läßt sich in der Frage bündeln: Wie kann man die Wahrheit sagen, wenn die andere Seite sie nicht versteht oder nicht verstehen will? Da werden Befürchtungen geäußert, eine offene Darstellung noch ungelöster Probleme werde in der Öffentlichkeit nur übertriebene Ängste oder "Panik" auslösen, weil man die Risiken eben nicht richtig einzuschätzen wisse; da wird erwartet, so den "politisch" motivierten Kritikern nur wieder Wasser auf ihre Mühlen zu geben; da wird allgemein das Problem angesprochen, einer Laien-Öffentlichkeit technische Zusammenhänge zu vermitteln.

Es ist keine Überraschung, daß sich die unterschiedlichen Vernunftzuweisungen an die Außenkritik auch auf die unterschiedlichen Anforderungen an die Öffentlichkeitsarbeit auswirken. Die Forderung nach einer mehr problemorientierten Öffentlichkeitsarbeit wird bei den "Absolutisten" am seltensten, bei den "Pluralisten" am häufigsten vertreten; mit der Forderung nach einer eher offensiv-belehrenden, vorwiegend erfolgsorientierten Selbstdarstellung verhält es sich genau umgekehrt. Aber das ist nur die eine Hälfte der Wahrheit. Zu ihrer Kehrseite gehört, daß es sogar bei denjenigen, die ausdrücklich auch der nicht-wissenschaftlichen Öffentlichkeit eine eigene Rationalität beim Umweltproblem zubilligen, Zweifler an der Möglichkeit einer "Glasnost"-Öffentlichkeitsarbeit gibt - und wenn auch nur mit der Begründung, daß die kommunikative Lage zwischen Unternehmen und Öffentlichkeit inzwischen allzu verfahren ist, um aus dem bestehenden Teufelskreis noch herauskommen zu können. Was wir bei dem berichteten Kommunikationsverhalten an Brüchen, Inkonsequenzen und Rückfällen kennenlernten - und zwar auch "wider besseres Wissen" -, findet hier bei dem Problem der Öffentlichkeitsarbeit seine Fortsetzung und Entsprechung.

Man kann diese Ergebnisse in doppelter Weise lesen, und beide Lesarten, so meinen wir, gehören zusammen. In der einen Lesart bestätigt sich noch einmal, wie schwierig der Kommunikationsprozeß zwischen Chemieindustrie und Öffentlichkeit ist und nicht mit einfachen Rezepten oder Absichtserklärungen entkrampft werden kann. Denn zumindest auf der Seite der Industrie-Beschäftigten steht hinter diesen Schwierigkeiten ein Bewußtsein von auf der eigenen Seite vorhandener und auf der anderen Seite fehlender Kompetenz, das die Kommunikation nicht gerade erleichtert und zudem die fatale Tendenz hat, in jeder konkreten Kommunikationserfahrung jeweils neu bestätigt zu werden.

Die zweite Lesart ist an dem Faktum festzumachen, daß unter den Management-Vertretern des Unternehmens A die Forderung nach einer problemorientierten Öffentlichkeitsarbeit erheblich mehr Anhänger hat als im Unternehmen B. Dieser Unterschied läßt sich auch als Lernprozeß interpretieren. Angesichts des öffentlichen Mißtrauens und der öffentlichen Desinformation fordern die meisten unserer Interviewpartner aus dem Unternehmen B, dessen öffentliche Selbstdarstellung oft als noch zu zurückhaltend und defensiv wahrgenommen wird, eine offensive, die eigenen bereits erzielten Umweltschutzerfolge darstellende Öffentlichkeitsarbeit. Die Beschäftigten des Unternehmens A sind schon eher überzeugt, daß die bei ihnen praktizierte Öffentlichkeitsarbeit diesen Anforderungen genügt; angesichts der Erfahrung, daß Mißtrauen und Vorbehalte der Öffentlichkeit trotzdem weiterbestehen, öffnet sich bei ihnen eine Mehrheit der Überlegung, ob man nicht eher eine problem- statt nur erfolgsorientierte Selbstdarstellung nach außen bevorzugen sollte; eine konsistente Minderheit kritisiert die eigene Öffentlichkeitsarbeit bereits explizit in dieser Richtung und fordert ein umfassendes "Glasnost".

Wenn diese letzte Lesart einen Kern von Wahrheit beanspruchen kann, so enthält unser "Modell" von der polaren Spannung zwischen Kompetenz- und Heteronomiebewußtsein bei unseren Management-Vertretern zwei dynamische Momente: Auf der einen Seite reproduziert sich das Bewußtsein der eigenen überlegenen

moralischen, kognitiven und Handlungskompetenz in der Auseinandersetzung mit der Außenkritik sozusagen täglich neu mitsamt der daran anknüpfenden Tendenz zu kommunikativer Selbstabschottung; auf der anderen Seite kann sich auf der Grundlage des Bewußtseins der Außenabhängigkeit aber auch eine Sensibilität für die defizitäre Seite einer solchen Selbstabschottung und somit die Tendenz zu einem offeneren Kommunikationsverhalten entwickeln - ohne aber, um das noch einmal zu betonen, damit die erste Tendenz wirklich außer Kraft setzen zu können.

### Sollen "Laien" mitentscheiden?

Das *dritte* Ergebnis, das wiederum das unaufhebbare Spannungsverhältnis zwischen Kompetenz- und Heteronomie-Bewußtsein verdeutlicht, betrifft die Frage, inwieweit "Laien" in umweltpolitische Entscheidungen einbezogen werden sollen.

Ein klares Bewußtsein der eigenen Außenabhängigkeit zeigt sich zunächst bei den Antworten auf unsere Frage, wer heute in Deutschland eigentlich Motor des umweltpolitischen Fortschritts ist. Daß *der* Motor heute in der Industrie, der Wissenschaft oder der Technik zu suchen sei, ist unter den Naturwissenschaftlern und Ingenieuren nur die Meinung einer Minderheit - nur bei den Kaufleuten war jeder zweite Befragte der Auffassung, man könne hier die Industrie inzwischen zu den Mit-Initiatoren rechnen. In den *Grünen* sieht zwar heute nur noch eine (allerdings starke) Minderheit eine gesellschaftlich vorwärtstreibende Kraft - ihnen wird vor allem das historische Verdienst zugesprochen, das Umweltthema gesellschaftsfähig gemacht zu haben -, aber jeder zweite Befragte weist inzwischen den großen Parteien bzw. dem Staat eine solche Protagonistenrolle zu; eine konsistente Minderheit sieht im Umweltthema mittlerweile auch einen von "jedermann" getragenen gesellschaftlichen Selbstläufer. Klare Mehrheitsmeinung ist, daß in jedem Fall Greenpeace eine vorwärtstreibende Rolle zukommt - nur bei den Chemikern, den prononciertesten Vertretern der Antikritik, ist diese Auffassung etwas seltener zu hören.

Dieses im Hinblick auf die sozialen Protagonisten des ökologischen Fortschritts pluralistische Gesellschaftsbild darf jedoch nicht zu der Annahme verführen, unsere Management-Vertreter seien in ihrer Mehrheit auch Anhänger einer pluralistisch regulierten ökologischen Industriepolitik. In der Frage, wer letztlich die industriepolitischen Entscheidungen in Sachen Umweltschutz treffen soll, entscheidet sich doch eine Mehrheit für die expertokratische Option, d.h. für die "Fachleute" aus Wissenschaft, Technik, Politik und Verwaltung. Teilweise ist diese Option zwar noch mit den Regularien der repräsentativen Demokratie vereinbar - die "harten" Expertokraten, die auch noch die "politischen" Fachleute oder gar die Verwaltungsexperten aus den Entscheidungsprozessen ausschließen möchten, haben wir zu dieser Mehrheit gerechnet, sie bilden aber nur einen Teil von ihr -, aber ihre Hauptintention ist der explizite Ausschluß der "Laien":

"Das Normalvolk muß entscheiden können, wer Verwaltungsbeamter und politischer Vertreter wird. Absolut unakzeptabel ist es aber, wenn Nicht-Fachleute nachträglich Experten-Entscheidungen wieder über den Haufen werfen" (Naturwissenschaftler im Pflanzenschutz).

Auffällig oft wird in diesem Zusammenhang auf die Irrationalität und Demagogie in öffentlichen Versammlungen zu industriellen Umweltproblemen verwiesen, die man selbst miterlebt habe (gelegentlich wird hier auch von "Urerlebnissen" gesprochen) und die eigene Überzeugung gefestigt hätten, daß alle plebiszitären Elemente aus den umweltpolitischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden müßten.

Die widersprüchliche Verbindung von Heteronomie- und Kompetenzbewußtsein und die immer wieder virulent werdende Abschottungstendenz des letzteren zeigt sich in der breiten Mittelgruppe derjenigen, die einerseits bejahen, daß irgendwo im gesellschaftlichen Raum auch "Laien" oder Organisationen wie Greenpeace Druck ausüben müssen (pluralistisches Gesellschaftsbild), die sie andererseits aber doch von den Orten, wo die realen industriepolitischen Entscheidungen gefällt werden, so weit wie möglich fernhalten möchten.

Allerdings fand sich bei den von uns Befragten auch eine qualifizierte Minderheit, die ausdrücklich für eine demokratische, zumindest pluralistische Entscheidungsfindung votiert. In ihr ist es wiederum nur eine Minderheit, die dies mit den demokratischen Spielregeln selbst begründet; meist wird nach einer Lösung oder zumindest Vermittlung des Problems der unterschiedlichen Rationalitäten gesucht: sei es, daß man optimistisch auf den "wissenden Bürger" setzt oder selbstrelativierend anmerkt, daß "auch Experten Emotionen haben"; sei es, daß man aus der positiven *Wirkung* der Intervention von "Laien" eben doch auf die Notwendigkeit ihrer Beteiligung an den politischen Entscheidungsprozessen schließt ("Presse und Grüne haben viele Dinge überhaupt erst in die Diskussion gebracht, sie sind außerordentlich nützlich", Verfahrensingenieur), oder daß man - und dies ist die weitestgehende Begründung - die eigenständige Berechtigung von Angst und ganz anderen Wertgesichtspunkten hervorhebt.

Diejenige Position, die vielleicht am elaboriertesten eine Vermittlung zwischen Kompetenz- und Heteronomiebewußtsein sucht, ohne die Spannung zwischen ihnen aufzuheben, läßt sich in die Formel "Technokratie plus Großkundgebungen" fassen, d.h. letzten Endes müssen die Experten entscheiden, aber dies muß flankiert werden durch im öffentlichen Raum ablaufende Bewußtseinsprozesse, in denen neue Themen gesellschaftsfähig gemacht und der notwendige Druck erzeugt werden, denn "ohne Druck von unten bewegen die Experten wenig" (Chemiker-Laborleiter).

### Der Fall Gentechnologie

Ein interessanter Anwendungsfall für die Frage, wer das Subjekt umweltpolitischer Entscheidungen sein soll, ist die *Gentechnologie*, in die beide von uns untersuchten Unternehmen direkt involviert sind. *Daß* der Gentechnologie aus *moralischen* Gründen eine Grenze zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem gezogen werden muß, ist für die übergroße Mehrheit der von uns Befragten Konsens und ermöglicht ihnen den Anschluß an den moralischen Charakter der öffentlichen Diskussion über die

Gentechnologie. Der Unterschied zur öffentlichen Problembehandlung besteht hier eigentlich nur in zwei Punkten: Erstens wird die Grenze des moralisch Erlaubten mehrheitlich bei gentechnischen Eingriffen in die *menschliche* Keimbahn gesehen (die zugrundeliegende Ethik ist *anthropozentrisch*), und zweitens wird stärker auf das (auch moralische) *Risiko* verwiesen, das in der Nicht-Nutzung von Chancen liege, mit gentechnischen Mitteln Therapiemöglichkeiten von sonst unheilbaren Krankheiten (z.B. AIDS) aufzuspüren oder landwirtschaftlich besser nutzbare Pflanzen (für die Entwicklungsländer!) zu entwickeln.

In unserem Zusammenhang ist nun die Frage interessant, *wer* in der Gentechnologie die Grenze zwischen Erlaubtem und Unerlaubtem ziehen bzw. ihre Einhaltung kontrollieren soll, denn hier geht es gerade auch um die Frage, wie weit das *moralische* Element im Bewußtsein überlegener Eigenkompetenz bei unseren Management-Vertretern trägt.

Auch hier ist wieder nur eine kleine Gruppe der von uns Befragten der Auffassung, daß die mit der Gentechnologie befaßten Naturwissenschaftler und Forscher bereits autonom eine solche Grenzziehung vornehmen und dies auch als Kontrolle ausreicht, z.B. weil sie sowieso "pflichtbewußt" sind. Eine deutliche Mehrheit ist der Meinung, daß sie in irgendeiner Weise extern (zumindest gegenüber dem einzelnen Forscher und industriellen Anwender) vorgenommen werden muß, wobei dieses (Selbst-)Mißtrauen allerdings seltener mit den Imperativen industrieller Konkurrenz- und Verwertungsinteressen, häufiger mit dem "faustischen" Motiv einer sich eigendynamisch entgrenzenden Forschungs- und Macherlust begründet wird (auch dies ist noch Teil des moralischen Selbstbewußtseins: Die Versuchung liegt *im* Wissenschaftler selbst).

Das Spektrum der Auffassungen zu der Frage, wer das Subjekt einer solchen externen Reglementierung sein soll, ist groß. Die schwächste Form der Externalisierung der Kontrolle, die von nicht wenigen Vertretern des wissenschaftlichen Managements befürwortet wird, ist ihre Delegation an die eigene Profession, an die "Ge-

meinschaft der Wissenschaftler". Zu institutionalisieren wäre sie etwa in Gestalt unabhängiger "Fachkommissionen", die die Einhaltung der durch "Selbstverständigung" gefundenen Grenzen überwachen würden und sie gegen die direkt involvierten Wissenschaftler, denen hilfsweise auch ein "hippokratischer Eid für Naturwissenschaftler" abzunehmen wäre, mit bestimmten Sanktionsmöglichkeiten (z.B. Publikationsverbot) durchzusetzen hätten. Hier wird das Dilemma zwischen Kompetenz- und Heteronomiebewußtsein dadurch aufgelöst, daß die Kontrolle innerhalb der eigenen Profession verbleibt, aber gegenüber dem einzelnen Wissenschaftler/Forscher als externe Instanz auftritt.

Wieder andere greifen den Gedanken solcher institutionalisierter "Kommissionen" auf, gehen aber einen Externalisierungsschritt weiter, indem sie den prinzipiellen Vorbehalt einbringen, daß die Grenzen nicht *nur* von Wissenschaftlern festgelegt werden und die Kommissionen deshalb nicht *nur* mit ihnen besetzt sein sollten, denn

"Wissenschaftler sitzen vielfach im Elfenbeinturm ohne Kontakt zu den realen Risiken und Problemen" (Ingenieur in der Anwendungstechnik).

Gerade bei prononcierten "Pluralisten" verbindet sich der Selbstverdacht gegen den faustisch "drauflos forschenden" Naturwissenschaftler mit der Betonung der Wichtigkeit einer

"offenen Kommunikation mit Andersdenkenden, die einem Fragen stellen und Antworten abverlangen, die man sich vielleicht als Forscher selbst nicht stellen würde" (Chemiker in der Forschung).

Am häufigsten geht aber der professionelle Selbstverdacht mit der Forderung nach *staatlicher* Reglementierung einher, wobei Meinungsunterschiede eigentlich nur in der Frage bestehen, ob eine (hippokratische) Selbstverpflichtung der beteiligten Naturwissenschaftler hier noch eine nützliche ergänzende Funktion haben könne; während die einen auf

"ethische Verpflichtung *und* staatliche Kontrolle" setzen (Betriebsingenieur),

erklären andere - manchmal auch unter Verweis auf das Verhalten der Ärzte im Dritten Reich:

"Den Forscher kann man so nicht bremsen; der braucht eine äußere Kontrolle, ein gesetzliches Gitter, das die Forschungen klar reglementiert" (Ingenieur im Umweltschutz).

So bestätigt auch die Frage nach der Kontrolle der Gentechnologie noch einmal das spannungsreiche Verhältnis von Kompetenz- und Heteronomiebewußtsein. In der Literatur wird die gegenwärtige öffentliche Debatte zwischen nicht-wissenschaftlichen Kritikern und wissenschaftlichen Verteidigern der Gentechnologie manchmal wie ein Gespräch zwischen Tauben und Blinden beschrieben (vgl. das fiktive, aber auf der Kompilation realer Äußerungen beruhende "Gespräch" in Freudenberg 1990, S. 5 ff.). Unsere Management-Vertreter lassen sich, wie sich zeigte, nicht einfach den Tauben oder Blinden zurechnen, obwohl sie für Unternehmen arbeiten, die in dieses Gebiet viel investiert haben und deshalb auch öffentlich heftig kritisiert werden. Trotz eines gut entwickelten Selbstbewußtseins, das auf der Grundlage anthropozentrischer Moral der Gegenseite die "Schuld des Unterlassens" vorwirft, gibt es hier auch ein moralisches Selbstmißtrauen, das - wenn auch in sehr abgestufter Weise - eine Brücke zur anderen Seite schlägt.

### Der Gesellschaftsvertrag

Wir wollen jedoch nicht unterschlagen, daß es auf die Frage "Wer soll entscheiden?" auch Ansätze zu einer sehr allgemeinen und prinzipiellen Antwort gibt, die die Spannung zwischen Kompetenz- und Heteronomiebewußtsein in einem neuen Licht erscheinen läßt. Wir gehen abschließend auf sie ein, obwohl sie in elaborierter Form nur von einer Minderheit vertreten wird.

Ihr Grundgedanke besteht darin, die Gesellschaft zu einem aufgeklärten Konsens - in unseren Worten zu einer Art "*Gesellschaftsvertrag*" - über die Grenzen aufzufordern, die der industriellen Produktion und im Zusammenhang damit auch der gesellschaftlichen Konsumtion angesichts des Umweltproblems zu ziehen sind.

Ähnlich wie bei der Fokussierung der Antikritik auf die vorherrschende Lebensweise (siehe oben) ist auch hier wieder ein primäres Motiv die Auseinandersetzung mit der externen Chemiekritik. Wir haben gesehen, daß die Außenkritik als kognitiv und moralisch unterkomplex wahrgenommen wird: Auf der einen Seite werden die Chemieprodukte gern und mit Selbstverständlichkeit konsumiert, auf der anderen Seite werden die mit ihrer Produktion verbundenen Umweltgefährdungen kritisiert.

"Die Kritiker sehen nicht die Komplexität: Wenn ich das eine nicht will, muß ich auch auf einiges andere verzichten" (Ingenieur im Umweltschutz); "wenn die Gesellschaft chemische Produkte will, geht's nicht ohne Abfallstoffe" (Chemiker-Betriebsleiter).

Der Impuls zur Selbstverteidigung produziert hier aber nicht nur ein sich abschottendes Überlegenheitsbewußtsein, sondern treibt auch den Wunsch nach gesellschaftlicher Aufklärung hervor, wobei häufig genug noch die Erwartung durchscheint, die Aufklärung über die notwendige Verknüpfung bestimmter zivilisatorischer Annehmlichkeiten mit bestimmten Umweltbelastungen werde schon von selbst die Kritiker zum Schweigen bringen:

"Man müßte in der Öffentlichkeit immer wieder die Abhängigkeit der meisten Menschen von der Chemie herausstellen. Was würden wir sagen, wenn es kein Chlor mehr in der industriellen Kunststoffproduktion gäbe? Das heutige Auto gäbe es nicht" (Kaufmann im Vertrieb).

Die gesellschaftliche Mehrheit, so könnte man dieses Zitat sinngemäß ergänzen, die das wirklich in Kauf nehmen würde, möchte ich erst einmal sehen!

Hier erfolgt die Überantwortung von Entscheidungen an die Gesellschaft noch vorwiegend rhetorisch; die gewünschte Aufklärung, so die Erwartung, wird die Gesellschaft schon zur Einsicht in ihre eigene wohlverstandene Interessenlage bringen. Demgegenüber geht die folgende Äußerung schon einen Schritt weiter:

"Die Frage ist, ob der Bürger wirklich die Konsequenzen tragen will, wenn wir ad hoc aus den FCKW aussteigen, wenn also z.B. bei den Reinigungschemikalien die Ersatzstoffe teurer werden... Oder ob er z.B. im Auto Armaturen hinnehmen will, die wieder aus Pappe sind und nicht mehr aus mit FCKW aufgeschäumten Kunststoffen... Man kann die sanfte Chemie haben, muß

dann aber akzeptieren, daß dann viele Produkte, die heute zum Leben und Überleben gehören, verschwinden, z.B. auch Mittel gegen tödliche Krankheiten. Ich halte die ganze Diskussion solange nicht für durchdacht, wie nicht auch die Konsequenzen durchdacht werden... Wenn die Mehrheit der Bevölkerung will, daß wir die Chlorchemie aufgeben, müssen wir das machen. Die Menschen müssen aber wissen, welche Konsequenzen das haben kann, und wenn sie dann immer noch ja sagen, dann bitteschön. Ich denke hier an die Atomkraft-Technologie: Ich halte sie für gut, aber die Bevölkerung hat anders entschieden und das muß man akzeptieren" (Ingenieur im Umweltschutz).

Aufgrund realer Erfahrungen wird hier immerhin schon die Möglichkeit ins Auge gefaßt, mit der eigenen Auffassung in die Minderheit zu geraten; gleichzeitig wird zumindest implizit auch der Anspruch aufgegeben, *alle* für die Gesamtabwägung wichtigen (insbesondere) ökologischen Parameter im Griff zu haben und selbst beurteilen zu können - ein Stück Bewußtsein eigener Außenabhängigkeit wird sichtbar. An der Forderung nach gesellschaftlicher Aufklärung über den komplexen Zusammenhang von ökologischem Schaden und gesellschaftlichem Nutzen wird festgehalten, aber eher im Sinne einer in jedem Fall zu erfüllenden Bedingung, deren Wirkung letzten Endes nicht abzusehen ist.

Für unsere Management-Vertreter gibt es zwei harte Motive, die Grenzziehung auch real an die Gesellschaft zu delegieren. Der eine Grund sind offenbar eigene Erfahrungen mit der Schwierigkeit, Kostensteigerungen, die aufgrund eines auch vom Abnehmer gewünschten verbesserten industriellen Umweltschutzes zustande gekommen sind, über den Preis an den Abnehmer weiterzugeben:

"Da fehlt in unserer Gesellschaft immer noch die Bereitschaft, einen entsprechenden Mehrpreis zu bezahlen" (Kaufmann im Vertrieb).

Hier ist es das Verhältnis von Produktpreis und ökologischem Nutzen, über das in der Gesellschaft ein aufgeklärter Konsens hergestellt werden soll, damit der industrielle Produzent nicht zunehmend in die Schere zwischen eigenen Kosten und Preiserwartungen der Abnehmer gerät.

Das zweite Motiv für den Rekurs auf den Gesellschaftsvertrag ist die Hoffnung, auf diese Weise den bisher er-

fahrenen und auch weiterhin absehbaren Dauerkonflikt zwischen Industrie, bestimmten Konsumenten-Gruppen und ökologischer Öffentlichkeit sozial rationalisieren zu können und dabei selbst so weit wie möglich aus der Schußlinie herauszukommen. Nur so ist die überraschende Neutralität zu erklären, mit der konstatiert wird:

"Bei den Pestiziden, bei DDT, bei der Gentechnologie sind grundsätzliche Risikoabschätzungen notwendig" (Chemiker im Umweltschutz),

oder wenn dargelegt wird:

"Man muß die gesellschaftlichen Folgen darstellen: Kohlenwasserstoffe werden auch zu Hemden, Schuhen usw. verarbeitet. Die Gesellschaft muß entscheiden, ob die Industrie beauftragt wird, neue Produktionsverfahren zu erforschen, oder ob sie hier weiterhin freie Hand behalten soll wie bisher" (Biologe im Pflanzenschutz).

Obwohl hier inhaltlich nicht näher ausgeführt wird, durch welche Mechanismen und Institutionen "die Gesellschaft" und ihre Konsensbildung repräsentiert werden soll: Interessant ist die sich hier andeutende Bereitschaft, möglicherweise auch jenseits politisch gesetzter Auflagen ein weiteres Stück eigener Autonomie abzugeben. Angesichts der ökologischen Konflikterfahrungen erklärt sich zumindest ein Teil der industriellen Akteure bereit, das eigene Handeln durch die gesellschaftliche Konsensbildung über die Grenzen industrieller Lebensweise und Zivilisation konditionieren zu lassen. Die mögliche generelle Kompromißlinie eines derartigen Konsenses, soweit er die Chemieindustrie betrifft, skizziert ein Industriekaufmann so:

"Will man keinen Rückschritt in der Welt, braucht man Chemie in vielerlei Hinsicht; die Frage ist, welche Chemiestoffe man zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität benötigt und welche nicht. Ich bin der Meinung: So wenig Chemie wie nötig, aber wo sie sinnvoll und nötig ist, sollte sie eingesetzt werden, dann aber so sauber und umweltfreundlich wie möglich".

Der Gesellschaftsvertrag kann so zum Modell des Umgangs mit dem Umweltproblem überhaupt werden:

"Ohne gewisse Einschränkungen wird es nicht gehen, und darüber muß die Gesellschaft entscheiden" (Biologin im Pflanzenschutz); "die Frage ist letztlich, ob die Gesellschaft bzw. die Mehrheit zu einer Veränderung ihrer Präferenzen und Bedürfnisse bereit und in der Lage ist" (Ingenieur in der Anlagenplanung).

So schlägt der angestrebte Gesellschaftsvertrag für die industriellen Akteure eine Brücke über den Dualismus von Eigenkompetenz und Heteronomie: Einerseits bedeutet er die Abgabe von Entscheidungskompetenz nach außen und an einen gesellschaftlichen Mechanismus, auf den man selbst nur partiell Einfluß nehmen kann und der nach Spielregeln und Gesichtspunkten abläuft, die nur teilweise die eigenen sind; andererseits weisen sich die industriellen Akteure in diesem gesellschaftlichen Prozeß eine spezifische und - wohl nicht ganz zu Unrecht - nur von ihnen erfüllbare Teilaufgabe zu, nämlich die gesellschaftliche Aufklärung über die Verquickung von Industrie und zivilisatorischer Lebensweise.

### **Kommunikative Barrieren und gesellschaftliche Aufklärung**

Trotzdem bleibt als Fazit: Das Selbstbewußtsein der von uns befragten industriellen Akteure, insbesondere der Naturwissenschaftler und Ingenieure, Repräsentanten einer Rationalität zu sein, die durch überlegene kognitive, moralische und Handlungskompetenz ausgezeichnet und legitimiert ist, wird durch das Bewußtsein, bei der Entfaltung dieser Kompetenzen auch außenabhängig zu sein, im Normalfall zwar begrenzt, aber nicht aufgehoben. Das Bewußtsein der bejahten Abhängigkeit von außen wird vor allem durch die Erfahrung der Politik- und Öffentlichkeitsabhängigkeit der eigenen industriell-ökologischen Handlungsmöglichkeiten genährt, wobei (was wir hier nur teilweise ausgeführt haben) auch das Wissen eine Rolle spielen dürfte, daß die allgemeine wie auch persönliche Sensibilisierung für das Umweltproblem zugleich außerberufliche Quellen hat. Aber das Selbstbewußtsein überlegener Rationalität, das die meisten der von uns Befragten charakterisiert, ist nicht nur durch ihre technisch-naturwissenschaftliche Ausbildung präformiert, sondern es konstituiert sich in der eigenen industriellen Praxis und in der Kommunikation mit der Außenkritik sozusagen täglich neu und erweitert sich hier auch zu dem Selbstbewußtsein überlegener *moralischer* Kompetenz. Es erweist sich auch als weitgehend immun gegenüber den Reflexivitätsunterschieden, die bei den Managementvertretern im Hinblick auf die eige-

ne Vernunft sichtbar geworden sind (von der Frage, welche Rationalität den Außenkritikern zuzuweisen ist, bis zum Gedanken des Gesellschaftsvertrags).

Wir haben zu Anfang gesagt: In gesellschaftsübergreifenden Diskursen wie der Umweltdiskussion wird es früher oder später unausweichlich, die "zweite Ebene" einzubeziehen, d.h. die Reflexion über die gesellschaftlich vorhandenen unterschiedlichen Wahrnehmungsweisen. Jetzt wäre hinzuzusetzen: Dies klärt nicht nur, worüber man überhaupt reden kann und worüber man lieber schweigen sollte, wenn man sich mit Chemikern oder Ingenieuren in der Chemieindustrie auf Diskussionen über das Umweltthema einläßt. Die Aufklärung über die kommunikativen Voraussetzungen *eines* sozialen Akteurs, die seine Kommunikationsprobleme und -barrieren erklärlich macht, erschließt immer auch Einsichten in die impliziten Voraussetzungen der anderen Akteure - z.B. auch derer, die hier als sozialwissenschaftliche Forscher auftraten -; sie macht problematisch, was auch diesen anderen Akteuren zunächst selbstverständlich erschien, und erweitert damit die gesellschaftlichen Kommunikationsmöglichkeiten insgesamt.

Um noch einmal zu unseren Naturwissenschaftlern, Ingenieuren und Kaufleuten in der Großchemie zurückzukehren: Erschließt ihre Antikritik, die Chemiekritiker sollten sich gefälligst nicht nur um die umweltschädliche Industrie, sondern auch um ihre eigene umweltfeindliche Lebensweise kümmern, nicht ein reales Problemfeld, so sehr diese Antikritik auch aus dem uneingestandenem Motiv der Selbstverteidigung geboren sein mag? Erzwingt die Aufklärung darüber, daß sie bei der Bewertung z.B. des FCKW-Problems einen anderen Begriff von den dabei zu berücksichtigenden Risiken haben, nicht zumindest eine neu *überdachte* und *formulierte* Begründung des Plädoyers für den sofortigen Ausstieg aus den FCKW?

Wir meinen, durch eine derartige Aufklärung über die bestehenden Kommunikationsbarrieren werden diese zwar nicht zum Verschwinden gebracht, aber durch eine wachsende Reflexivität beider Seiten werden die kommunikativen Brücken etwas breiter.

## Literatur

- Berger, P.L.; Luckmann, T. (1980): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt/Main.
- Freudenberg, A.; Röhring, K.; Stennes, N. (1990): Gentechnik - Grundwissen für den politisch-ethischen Dialog. Frankfurt/New York.
- Heine, H. (1992): Das Verhältnis der Naturwissenschaftler und Ingenieure in der Großchemie zur ökologischen Industriekritik, in: Soziale Welt, Heft 2.